

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 262-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 3-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Helfferrich tödlich verunglückt.

Mit seiner Mutter im Gotthardtzug verbrannt.

Jansbrud, 24. April. (U.) Der deutsche Konsul in Lugano teilt mit, daß auf Grund der gefundenen Ausweispaßkarte festgestellt werden kann, daß sich der frühere Staatssekretär des Reichsstaatsamtes Dr. Helfferrich und seine Mutter unter den Todesopfern des Eisenbahnunglücks von Bellinzona befinden.

Durch den Tod Karl Helfferrichs verliert die Deutsch-nationale Partei die einzige bedeutende geistige Kraft, über die sie verfügte.

Helfferrich war am 22. Juni 1872 zu Neustadt a. d. Haardt in der Rheinpfalz als Sohn eines Fabrikbesitzers geboren. Aus bürgerlich-freimütigen Kreisen stammend, verkehrte er in der Jugend mit liberalen Führern wie Bamberger, dem er viel Anregung und Förderung verdankte. Mit 22 Jahren wurde er Dozent an der Berliner Universität, mit 29 schon Professor der Nationalökonomie. Doch seine sprunghafte und ehrgeizige Natur war für die stille Gelehrtenlaufbahn nicht geeignet. 1901 geht er in den Staatsdienst über, zunächst als Referent in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes. Das verschaffte ihm auswärtige Beziehungen, und 1908 sehen wir ihn in der Leitung der Bagdadbahn. Er entwickelte starke geschäftliche Talente, wird 1908 Direktor der Deutschen Bank und bleibt es bis 1915, da wird er im Februar des zweiten Kriegsjahres zum Staatssekretär des Reichsstaatsamtes berufen, und damit beginnt seine unheilvolle Rolle in der Politik. Er war es, der die Finanzpolitik des Krieges ganz auf die Anleihepolitik schob und im Gegensatz zu der klugen englischen Finanzpolitik jede Deckung der Ausgaben durch kräftiges Anziehen der Steuerschraube unterließ. Die kapitalistische Belastung war für den Reichsfinanzminister hemmend. Er tröstete sich und den Reichstag damit, daß die Gegner Deutschlands nach dem Sieg schon die deutschen Schulden und noch mehr bezahlen würden.

Im Mai 1916 wurde Helfferrich Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, dessen treue Stütze er war und den er gegen die wütenden Angriffe von rechts mit Verteidigen half. Von einer extrem-nationalistisch-reaktionären Einstellung war damals an ihm noch nicht das Geringste zu bemerken. Er war vielmehr Mitverantwortlicher und Mitträger des der äußersten Rechten so verhassten „B-Systems“.

Helfferrich blieb auch noch unter Michaelis. Er machte Anstalten, auch noch unter Hertling zu bleiben. Die Freimütigen erhoben aber in diesem halbparlamentaristischen Kabinett Anspruch auf den Vizekanzler, und so mußte Helfferrich schließlich Bayer weichen. Er hat das der Linken nie verziehen. Aber noch nach der Ermordung des Grafen Mirbach in Moskau nahm er ein neues Amt im Reichsdienst an, indem er im Sommer 1918 Botschafter in Rußland wurde, wo er jedoch nicht lange blieb.

Schließlich wurde Helfferrich Deutschnationaler. Die Deutschnationalen waren in ihren Anfängen eine Partei der früheren kaiserlichen Staatssekretäre, neben Helfferrich nahmen auch Posaadowski und Delbrück in ihr Plaz. Rasch jedoch geriet sie immer mehr in ein ultrareaktionär und demagogisch-nationalistisches Fahrwasser, in dem sich weder Posaadowski und Delbrück, die Männer staatsmännischer Abgemessenheit wohl fühlen konnten. Helfferrich aber plätscherte in diesem trüben Strom weiter und schwang sich in der Partei zu einer führenden Stellung auf.

Helfferrich war wirtschaftlich ein unbedingter Verehrer des Kapitalismus, den er als den Vollbringer der größten Kulturwerte pries. War er auch nicht von Haus aus reaktionär, so lag ihm doch soziales Empfinden von vornherein fern. Er war reich an Einzelwissen und von rascher Auffassungsgabe, von sprudelnder Redegewandtheit, aber abgesehen von der kapitalistischen Einstellung wird man vergebens einen großen einheitlichen Zug im Leben dieses Politikers finden. Er war von keiner starken Überzeugung getragen, und wie er in seiner äußeren Lebensstellung, zwischen Dozentur, Bankgeschäft, Staatsdienst, politischer Führerschaft hin und her sprang — nach Hasenstein's Tod wollte er Reichsbankpräsident werden und aller Politik entsagen —, so hat er im Laufe seiner 52 Lebensjahre die verschiedensten politischen Meinungen mit stets gleichmäßigem Temperament und unermüdlicher Streitlust vertreten. Er war ein vielgewandter, vielbegabter Mann, aber zur Größe fehlte ihm viel und vor allem eins: das Gewissen. Wo er Einfluß zu gewinnen verstand, da wirkte er als der böse Geist der deutschen Finanzpolitik bis in Cuno-Hasenstein's unheilige Tage hinein. Er und seine Partei haben nichts als Unheil angerichtet.

Die Deutschnationalen Partei hat mit Helfferrich ihre stärkste geistige Kraft verloren. Aber es wäre noch besonders zu untersuchen, ob diese Kraft ihr wirklich gehörte und wie lange sie ihr noch gehört hätte. Denn es war nicht Helfferrich's Art, seine Person einer Sache unterzuordnen. Auch die Deutsch-nationale Partei wäre für ihn nur eine Station unter vielen gewesen, wenn nicht ein unvorhergesehenes Etwas der Schnellzugreise dieses Menschenlebens ein plötzliches Ende bereitet hätte!

### Reichsbankpräsident Schacht nicht verunglückt.

In einzelnen Blättern war die Vermutung ausgesprochen worden, daß sich auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht unter den Verunglückten bei der Eisenbahnkatastrophe in Bellinzona befand. Die Vermutung ist falsch. Reichsbankpräsident Dr. Schacht befindet sich in Berlin.

ipphäre des Vertrauens geschaffen werde, damit die Frage der deutschen auswärtigen Anleihe, die bei der Lösung des Reparationsproblems mitwirken sollte, gesichert werde.

### Amerika hilft

— wenn Europa sich selbst hilft!

London, 24. April. (W.B.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel zu der Rede des amerikanischen Präsidenten, die große und einflussreiche Unterstützung der Vereinigten Staaten sei jetzt für den von den Sachverständigen niedergelegten Plan gesichert. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, es dürfe keinesfalls mit der Wahrscheinlichkeit irgendeiner unmittelbaren Aktion gerechnet werden, der Präsident habe wohlweislich von der soliden Regelung der Reparationsfrage gesprochen, die der Einberufung einer Konferenz vorangehen müsse. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß man für den Augenblick seine Aufmerksamkeit eher der Anwendung des Dawes-Berichtes, als dem, was daraus folgen könne, zuwenden müsse. Coolidge habe die Zeit als reif für ein Wort der Ermütigung Europas angesehen, aber letzten Endes habe er gesagt, was bereits so oft in den letzten drei Jahren gesagt worden sei, daß die Vereinigten Staaten Europa nur helfen könnten, wenn Europa sich selbst helfe. Coolidge habe den sehr wichtigen Schritt getan, die Schlüsse der Sachverständigen zu loben und den Plan einer internationalen Anleihe zu unterstützen.

### Geldknappheit an der Börse.

Bei Beginn der heutigen Börse gewann man den Eindruck, als ob sich eine leichte Erholung anbahne. Am Petroleummarkt wurde das herauskommende Material glatt von den interessierten Großhändlern aufgenommen und auch am Anleihemarkt bemerkte man Stützungsäufe der zuständigen Institute. Im weiteren Verlauf der Börse konnte jedoch diese feste Tendenz nicht anhalten. Die Geldfrage und die Sorge vor weiteren Zahlungsschwierigkeiten der an der Frontspekulation und am Metallmarkt interessierten Kreise stehen nach zu sehr im Vordergrund, als daß von einer durchgreifenden Erholung die Rede sein könnte.

Am Geldmarkt zeigte sich die Lage heute bedenklich zu. Man forderte sogar für tägliches Geld 1½ bis 2 pro Mille, Rentenmarktkredite sind fast gar nicht zu bekommen. Eine gewisse Beruhigung schuf allerdings die schwache Tendenz des französischen Frank. Man handelte London mit 67½ Ms 68 Frank.

### Stellt die Weichen richtig!

Verkehr und Politik.

Das Eisenbahnunglück von Bellinzona beschäftigt alle Welt. Alles beklagt die Opfer und ruft nach Freistellung und Bestrafung der Schuldigen.

Die Aufregung wäre wahrscheinlich nicht so groß, wenn es sich statt um einen Luxuszug um einen Arbeiterzug gehandelt hätte. Aber es ist einmal noch so in der Welt, daß man sich für die Großen mehr interessiert als für die Kleinen. Das Eisenbahnunglück von Bellinzona ist eben nicht nur ein menschliches, es ist auch ein „gesellschaftliches“ Ereignis.

Immerhin: wenn sich dreißig lebende Menschen auf einmal in blutige Fetzen und verfochtene Klumpen verwandeln, redet man wieder darüber, entsetzt man sich wieder darüber, fragt man nach Verantwortung und Schuld, nicht nach Gewinn und Verlust, Erfolg oder Niederlage. Kein Hurra der Sieger braust über die verstümmelten Leichen hinweg.

Es besteht allgemeines Einverständnis über die Notwendigkeit, das Verkehrswesen so zu gestalten, daß Verluste von Menschenleben vermieden werden. Aber gilt dieses Gebot nicht auch für das Gebiet der Politik?

Falsche Weichenstellung auf der Eisenbahn kostet Duzende von Menschenleben. Falsche Weichenstellung in der Politik kostet Hunderttausende und Millionen von Menschenleben!

Sinnlose Vergewandlung von Menschenblut bildet den Inhalt der Geschichte von Anbeginn bis in die neueste Zeit. Stets sind die Mächtigen und Einflußreichsten der Erde mit fremden Menschenleben verschwenderisch umgegangen. Und stets war es die Masse der Ramenlosen, der Armen, der Unterdrückten, die dabei blutete, während die Anstifter zu Ruhm und Reichtum emporstiegen und selbst in ihrem Sturz meist sich weicher fielen, als sie es verdienten.

Was würde man von einem Eisenbahnbeamten sagen, der Zusammenstöße künstlich arrangiert? Aber Politiker, die es aus Reichthum und Gemeinwohlhaftigkeit darauf ankommen lassen, daß bewaffnete Menschenhaufen sich in leidenschaftlicher Wut aufeinanderstürzen und daß unzählige Opfer fallen, werden als Helden gefeiert, und eine gedankenlose Herde läuft ihnen hurrahschreitend nach.

Ein Bürgerkrieg kostet tausendmal, ein Völkerring hunderttausendmal mehr Opfer, als das schlimmste Eisenbahnunglück. Und doch gibt es unzählige Menschen, die nach dem Bürgerkrieg oder nach dem Völkerring oder womöglich nach ihnen beiden brüllen, als erbübte aus ihnen für die geschundene Menschheit das größte Glück.

Dieser Schrei nach blutiger Gewalt entspringt oft der Verzweiflung, gewiß, aber ebenso sicher auch einem grenzenlosen Unverständnis. Jede Politik, die ihren Namen verdient, muß von dem Grundgesetz ausgehen, daß Menschenleben gespart, vermeidbare Opfer vermieden werden. Unvermeidlich sind die Kämpfe der gegeneinander stehenden Interessen. Aber sie mit zivilisierten Mitteln zu führen und Blut zu sparen, sollte das Streben aller sein, in welchem Lager sie auch immer stehen, wenn sie den Anspruch darauf erheben, wahre Menschen zu sein.

Die Sozialdemokratie hat von ihrer Entstehung an den Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung geführt. Aber auch in ihrer stürmischen Jugend hat sie nie den Respekt vor Menschenleben verleugnet. Ihr leidenschaftlichster Führer August Bebel war zugleich ihr vorsichtigster, keiner würde mit größerer Entrüstung den Gedanken zurückgewiesen haben, für irgendwelche unklaren und ungewissen Experimente Menschenleben auf das Spiel zu setzen.

Was für die innere Politik gilt, gilt auch für die äußere. Die Streitigkeiten der Völker zu schlichten, ohne daß immer wieder Millionen getötet und die ganze menschliche Kultur auf Jahrzehnte zurückgeworfen wird, ist das Streben der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Daß sie die Katastrophe von 1914 nicht verhindern konnte, war nicht ihre Schuld, denn in keinem Land der Welt hatte sie entscheidenden Einfluß. Hätte damals Bebel in Berlin, Jaurès in Paris, Adler in Wien, MacDonald — wie jetzt — in London regiert, wer glaubt, daß es dann über den Fürstenmord von Serajewo zu einem allgemeinen Menschenschächten ohne Ende gekommen wäre?

Was die Sozialdemokratie lehrt, ist nicht Unterwerfung unter widerrechtliche Gewalt, nicht Verzicht auf Selbstverteidigung, auch nicht grundsätzlicher Verzicht darauf, einem Gegner mit den Mitteln, die er selbst anwendet, zu bekämpfen. Was die Sozialdemokratie lehrt, das ist, in der Wahl der Kampfmittel ein Höchstmaß von Zweckmäßigkeit mit einem Höchstmaß von Menschlichkeit verbinden.

In vollem Widerspruch dazu steht, was die äußerste Rechte und die äußerste Linke lehrt und treibt. Wir sind nicht der Meinung, daß die Anwendung von brutaler Gewalt durch den Erfolg gerechtfertigt wird. Aber sicher wird sie durch den Mißerfolg verurteilt. Man kann diejenigen, die aus Verzweiflung zur Gewalt greifen, ohne daß damit die geringste Aussicht auf Erfolg verbunden ist, bemitleiden und man kann ihren Heldentum bewundern. Aber zu verurteilen sind die Führer, die die ihnen vertrauenden Massen in ausichtslos Kämpfe hineinziehen, die leichtfertig fremdes Glück, fremde Freiheit, fremde Leben opfern für ihren Ehrgeiz und ihre Verblendung.

### Belgien drängt zur Eile.

Brüssel, 24. April. (Eca.) Trotz der neuen Verzögerung, die die weitere Behandlung der Sachverständigenberichte erhalten hat, sind die belgischen Regierungskreise gewillt, zu einer Beschleunigung der weiteren Verhandlungen nach Möglichkeit beizutragen. Jedenfalls beschäftigte sich ein belgischer Kabinettsrat gestern mit der Frage des Sachverständigenrats und beschloß, sich endgültig auf den Boden der Sachverständigenratsgutachten zu stellen und eine entsprechende Mitteilung unverzüglich der Reparationskommission zugehen zu lassen.

Die Möglichkeit einer Zusammenkunft der belgischen Minister Theunis und Hymans mit Poincaré gewinnt erneut greifbare Formen. Die Rede Macdonalds, die Rede des Präsidenten Coolidge und vor allen Dingen gewisse Besprechungen, die der belgische Botschafter in London, Baron Moncheur, in den letzten Tagen in Brüssel mit Hymans hatte, haben eine starke Wirkung in Brüssel ausgeübt und bei den belgischen Ministern den Wunsch erweckt, zwecks Beschleunigung der Verhandlungen mit Poincaré mündlich zu verhandeln.

Paris, 24. April. (W.B.) Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, bereitet die belgische Regierung die Antwort auf die Entscheidung der Reparationskommission vor. Ueber den Inhalt der Antwort sei noch nichts bekannt. Das Brüsseler Kabinettsrat habe plötzlich den Wunsch geäußert, unverzüglich mit Poincaré zu verhandeln. Der Berichterstatter des Blattes glaubt, daß die belgischen Minister Theunis und Hymans bei Poincaré zum Ausdruck bringen werden, daß man die gebotene Betragenheit, die deutsche Anleihe in Amerika zum Gelingen zu führen, bei den Haaren ergreifen müsse. England und Amerika müßten zu diesem Zweck gewonnen werden.

London, 24. April. (W.B.) Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ erzählt von gut unterrichteter Seite, die belgische Regierung sehe vollkommen zu den Schlüssen der Sachverständigen. Es gebe jedoch gewisse Punkte, wie der Prozentsatz der Beteiligung der deutschen Zahlungen, die Bedingungen für die Räumung des Ruhrgebietes, interalliierte Schulden usw., über die ein Meinungsaustrausch zwischen Frankreich und Belgien für nötig erachtet werde. Was die Ruhr betreffe, so sei man in Brüssel der Ansicht, daß die Befreiung beendet werden müsse, aber unter der Bedingung, daß gewisse ernste Garantien vereinbart werden. Die Hauptsache sei, daß eine Atmo-



Diese falschen Weichensteller, diese gewissenlosen Anstifter in Zusammenhänge aus der Politik fernzuhalten, ist unendlich wichtiger als die Sicherung des Verkehres. Denkt am 4. Mai daran, daß es um Menschenleben geht!

## Der Schwindel mit Max Holz.

Vergeßliche Ausreden.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen ierischen Beschluß der KPD-Zentrale, Max Holz als Spitzenkandidat der kommunistischen Reichsliste aufzustellen. Daraufhin veröffentlichte der „Vorwärts“ zwei Dokumente, aus denen hervorgeht, daß Holz sich von der Politik der KPD abgewandt hat und ihre sinnlose Putscherei vertritt. Folge davon war, daß die KPD von der Aufstellung Holz als Reichspitzenkandidat abließ. Eichhorn, der die kommunistische Reichswahlaustrich bei der Feststellung der Reichsliste vertrat, brachte eine Liste mit, die mit dem Namen Kälmann beginnt. Von Holz war gar nicht mehr die Rede.

Die „Rote Fahne“ unterschlägt ihren Lesern diese Zusammenhänge, sie unterschlägt ihnen die von uns veröffentlichten Dokumente, sie unterschlägt ihnen den Reinsfall der KPD-Zentrale.

Dafür redet sie sich darauf hinaus, daß die Aufstellung von Holz nicht möglich gewesen sei, weil der Reichspräsident dem Verlangen der KPD, Holz die Ehrenrechte wiederzugeben, nicht nachgegeben sei. Hat die kommunistische Zentrale nicht schon zuvor gewußt, daß Begründungen Regierungsverträge sind, und daß bei den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen auf Begründung von Einkaufsverträgen eine Aussicht besteht? Die Behauptung, durch die Ankündigung der Holz-Kandidatur habe die Zentrale nur einen Anknack herbeiführen wollen, ist sinnlos.

Die „Rote Fahne“ schreibt:

In den Gefängnissen der deutschen Republik sitzen 7000 politische Kefangene. Denk daran, wenn du zur Wahlurne gehst!

Sowohl, denk daran, daß kommunistische Gewissenlosigkeit Lausende zu sinnlosen, die Arbeiterklasse schädigenden Gewalttätigkeiten verleitet hat, für die sie jetzt büßen müssen. Denk daran, daß die Sozialdemokratie unter günstigeren politischen Verhältnissen als den gegenwärtigen schon unmaßstäblich dieser Ungläublichen die Freiheit wiedererschafft hat, daß aber das kommunistische Spiel mit dem Arbeiterchicksal die Gefängnisse immer wieder mit neuen Opfern füllt. Denk daran, daß jeder blinde Putsch neue Tote und neue Gefangene kostet und daß die Ausschüchter der jetzt im Kerker Befindlichen auf vorzeitige Freilassung durch die sinnlosen Drohungen der Kommunisten mit „bewaffneten Kämpfen“ vernichtet werden.

Denk daran, wenn du zur Wahlurne gehst!

## Kulturpolitik in Thüringen.

Die Völkischen als Zerstörer.

In einer kleinen Anfrage des völkisch-sozialen Blocks im Thüringer Landtag, die sich gegen das „Staatliche Bauhaus“ in Weimar richtet und in der darauf hingewiesen wird, daß für die Bauhauschüler als Abschluß der Werklehre die Gesellenprüfung vor der Handwerkskammer vorzuziehen ist, wird bemängelt, daß der Lehrkörper des staatlichen Bauhauses aus 19 Lehrern bestehe, während bisher angeblich innerhalb 4½ Jahren nur etwa 15 Schüler den Bauhauslehrgang voll durchlaufen und die Prüfung abgelegt hätten und von diesen nur noch fünf am Bauhaus tätig seien. Es wird deshalb angesichts dieses angeblich „schrecklichen Minderstandes“ der Zahl von Lehrern und Schülern die Einschränkung der „großen Aufwendungen“ für den Bauhausetat und der „Abbau einer so unrentablen Einrichtung“ durch Kürzung einer Anzahl von Bauhausmeistern gefordert. Selbstverständlich gehört auch zu einer echten völkischen Anfrage ein Protest gegen Ausländer unter den Lehrkräften des Bauhauses und eine kaum verhehlte Verdächtigung der „moralischen Qualitäten“ des Bauhausleiters Professor Walter Gropius.

Die Vorwürfe gegen das „Bauhaus“ lassen aufs neue die verlogene Demagogie der Völkischen erkennen. Zu ihrer Widerlegung genügt es, die wesentlichen Punkte aus der Erwiderung hervorzuheben, die Professor Gropius auf die Kleine Anfrage veröffentlicht hat. Das Bauhaus ist überhaupt keine eigentliche Handwerkerschule, sondern aus einer Zusammenlegung der ehemaligen Höchschule für bildende Kunst und der ehemaligen Kunstgewerbeschule entstanden. Seit 1919 sind 526 Studierende dort zu ihrer Ausbildung eingetreten, von denen 129 noch heute dort sind. Es haben nicht nur erheblich mehr Lehrlinge, als in der Anfrage genannt werden, ihre Gesellenprüfung, sondern auch eine Anzahl ihre Meisterprüfung bestanden. Für eine Anzahl von Fachern (Weberei, Bühnen, Glasmalerei) werden öffentliche Lehrbriefe auch bei abgeschlossener Bildung nicht ausgestellt. 47 Bewerber mußten mit Rücksicht auf die beschränkten Raumverhältnisse und die hohen Anforderungen, die gestellt werden, zurückgewiesen werden. Der Produktivbetrieb des Bauhauses hat einen Ueberschuß von 80.293 Goldmark in Sach- und Barwerten erzielt, der durch die Aufträge aus der letzten Leipziger Frühjahrsmesse noch um ein Vielfaches gesteigert wird. Nur zwei Meister sind Ausländer. Von diesen hat der Weltruf genießende russische Maler Kandinsky fast sein ganzes Leben in Deutschland verbracht und seine literarisch-literarischen Werke in deutscher Sprache geschrieben. Die Verdächtigungen gegen Professor Gropius entspringen Anschuldigungen, die amtlich unterliegt und als unbegründet, „unverantwortlich“ und „ehrenverleidend“ vom Ministerium für Volksbildung zurückgewiesen sind und ihrer gerichtlichen Abhandlung entgegengehen.

## Abbau bei den Gemeinden.

Die Beunruhigung weicher Kreise der Thüringer Bevölkerung infolge der autokratischen Methoden der „Ordnungsband“ Regierung kam deutlich auf einer kürzlich erfolgten Konferenz der Gemeindevorsteher Thüringens zum Ausdruck. Man nahm aufschreiend gegen die Eingriffe der Regierung in die Selbstständigkeit der Gemeinden Stellung und einigte sich auf eine Resolution, in der es heißt:

„Die vom Ministerium des Innern bei der Durchführung des „Personalsabbau“ betriebene Bevormundung des Gemeindevorstehers bis in Einzelheiten des ordentlichen Dienstleistungsplanes wird als eine unerträgliche, entwicklungsfeindliche Bevormundung des Gemeindevorstehers und als ein Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht entgegenschärft zurückgewiesen. Die Gemeindevorsteherkonferenz erachtet das Rotgesetz vom 27. März 1924 zur Vereinfachung der Verwaltung in wesentlichen Punkten für rückwärtig, insbesondere die Verringerung des § 67 der GVO, durch welche die kommunale Selbstständigkeit des Gemeindevorstehers unabhängig von unterbunden wird. Sie befreit, daß die durch § 33 der Verfassung des Landes Thüringen geforderten Voraussetzungen für den Erlass von Rotgesetzen im Falle dieses Rotgesetzes erfüllt waren und bezweifelt die Rechtmäßigkeit dieses Rotgesetzes. Sie bittet den Thüringischen Landtag eindringlich, daß diesem Rotgesetz die nach § 33 der Verfassung des Landes Thüringen erforderliche Bestätigung zu verweigern. Sie erachtet auch die Maßnahmen des Ministers Dr. Sautter in der Frage der Eingemeindung als schädlich für die kommunale Entwicklung.“

Im Landtag häufen sich inzwischen die Proteste gegen die Art, wie die Regierung ohne jeden Zwang und gegen alle demokratischen Gesetzmäßigkeiten mit Hilfe von Rotgesetzen regiert. So lagert sich in Thüringen ein gefährlicher Zündstoff an, der eines Tages zur Explosion führen kann.

## Der „Vorwärts“ als „Brandstifter“.

Uns geht ein Propagandafeldchen der deutschnationalen „Halleischen Zeitung“ zu, das vom 25. Februar datiert ist und folgenden Abhalt enthält:

„Voll und Parlament sind durch Revolution, durch internationalistische Liebesgeleien verunsichert. Jetzt gilt es, von neuem aufzubauen. Der deutsche Michel muß aus seinem Winterschlaf heraus! Die kommenden Wahlen sind der Prüfstein seiner politischen Reife — auch Ihrer, sehr geehrter Herr. Darum leisten Sie Aufklärungsarbeit nicht nur unter Betanonen, sondern a honoreren Sie für Ihre Beute eine nationale Zeitung, welche die deutschen und die nationalen Ziele erstrebt. Geben Sie Ihren Beuten unsere Zeitung in die Hand. Falls Sie es nicht für nötig halten, so wundern Sie sich über den Ausfall der Wahlen nicht. Wundern Sie sich über Scheunen- und Gutshäuser nicht, wenn Zeitungen wie „Klassenkampf“, „Vorwärts“ usw. Einzug in die Reihen Ihrer Arbeiter gehalten haben!“

Es muß einigermassen sonderbar in den Köpfen der Deutschnationalen aussehen, wenn deutschnationaler Betreuer es wagen dürfen, mit derartigen Grundsatzsätzen auf den Abnehmerfang zu gehen. Sie verraten damit eine falsche Weltanschauung mit jenen deutschvölkischen „Helden“, die sich auf entlegenen Gutshöfen gegenseitig um die Erde bringen und die, wie in Münster und München, in der Zerstückelung sozialdemokratischer Zeitungsgeländungen eine nationale Tat sehen.

## Die Hitlergarde vor Gericht.

Der große Unbekannte tritt auf.

25. München, 24. April. Am zweiten Verhandlungstage des großen Hitler-Prozesses wurde das Verhör der angeklagten Angehörigen des Stütztrupps Hitler fortgesetzt. Alle waren im wesentlichen geständig, wolle jedoch nicht gewußt haben, daß die Reichsregierung gestürzt werden sollte. Einer der Angeklagten verfiel sogar auf die Behauptung, er habe angenommen, daß zwischen Hitler und Berlin Einvernehmen herrsche. Unter allgemeiner Heiterkeit bemerkte der Vorsitzende hierzu: Dann wäre die Besetzung des Bismarcksträßers wohl unterblieben. Wenn der hochverräterische Charakter des Unternehmens bestritten wird, kann das Gericht unter Umständen vernichten sein, die den Angeklagten zur Last liegenden Handlungen als Landfriedensbruch usw. zu bewerten, so daß auf Gefängnis erkannt werden müßte. — Justizrat Kohl: Eine Substantiv, die den Soldaten mit Gefängnis bestraft und den Feldherren freispricht, wäre ein Schick auf das Reichsverständnis des Volkes. — Der Vorsitzende betonte, daß die Angeklagten des Bewußtseins des hochverräterischen Charakters ihrer Handlungen im Vorverfahren nicht bestritten haben. Ihre jetzige Haltung habe ihn zu dem pflichtmäßigen Vorhalt veranlaßt, daß man die Handlungen unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt beurteilen könne. Im weiteren Verlauf des Verhörs kam es erneut zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Verteidigung einerseits und dem Staatsanwalt sowie dem Vorsitzenden andererseits, da die Verteidigung wiederholt erklärte, daß von einem der Angeklagten bedeutende Auslagen durch Drohungen mit Schußhaft oder Ausweisung bei einer Verweigerung der Aussage erzwungen worden seien. — Justizrat Kohl erklärte, in einem Fall habe ihm der Vorsitzende des Hofgerichts selbst nahegelegt, von einer Festbeschwerde abzugehen, da der Betreffende auch ganz sicher in Schußhaft genommen werde, wenn das Gericht ihn freilasse. Es könne nicht bestritten werden, daß jemals größerer

## Mißbrauch mit der Schußhaft

getrieben worden ist, als unter Rahr. Staatsanwalt und Verteidiger wiesen allgemeine Angriffe ohne substantiierte Unterlagen zurück. Weitere Erklärungen der Beteiligten und verschiedener Angeklagter wies der Vorsitzende mit der Feststellung ab, daß die Frage der Schußhaft nicht in dieses Verfahren gehöre. Ueber die behauptete Erzwingung von Aussagen werde er Zeugen vernahmen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam auch der Angeklagte Otto Feistmeyer zur Vernehmung, dem die Anklage schweren Diebstahl zur Last legt. Er will heute die in der „Münchener Post“ entnommene und in seinem Besitz gefundene Wirtshaus von einem Unbekannten erhalten haben. Die übrigen Gegenstände, ein Reizgas und eine Lupe, habe er in den Taschen der Jacke gefunden. Um nicht den Verdacht auf sich zu lenken, daß er die Sachen genommen habe, habe er sie demals nicht zurückgegeben. Bemerkenswert war die Aussage des Studenten Hilde, der erklärte, er habe sich an dem Festmarsch in der „Münchener Post“ nicht beteiligt, weil ihm dieser Befehl aus tatsächlichen und anderen Gründen gegen den Strich gegangen sei. Daß er die Fernpredigt durchschneit, erklärte er aus Gründen militärischer Kommandogebot. Das weitere Verhör ergab sachlich keine neuen Momente. — Die Vernehmung dürfte am Nachmittag beendet werden. — Die Zeugen sind zum Freitag geladen.

## Kommunistische Waffen.

Stettin, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Osterfestabend wurde in Targelow von Landjägern eine Kiste mit Waffen, enthaltend 18 neue Gewehre, 4 Maschinengewehrpatronen und 1400 Schußmunition gefunden und beschlagnahmt. Als Empfänger wurde der Kommunist Adolf Byska ermittelt, der die Kiste mit Feuerwerk von Uederlande geholt hat. B. wurde verhaftet und dem Landesgefängnis zugeführt.

## Sockenpost.

Von Hans Wesemann.

Es ließ sich nicht länger verheimlichen, ich mußte mir ein Paar neue Socken kaufen. Wer eine Junggesellenwirtschaft kennt, wird begreifen, daß das öfters eine Lust ist.

Also auf zu Berlin, irgendein Paar aus dem großen Haufen herausgegriffen und bezahlt. 1,75 M. kosteten sie und waren schwarz und baumwollen, hatten aber sonst durchaus nichts Besonderes an sich. Wie ich nun aber zu Hause meine Füße hineintauchen will, knistert es leise und ich fördere einen Zettel hervor. In steilen sorgfältig gezogenen Buchstaben, so wie kleine Schulmädchen schreiben, lese ich: „Diese Grüße von einer Arbeiterin, die an diesen Socken gearbeitet hat. Wünsche Ihnen auch, daß Sie recht gut halten. (Du ahnungsvoller Engel. Der Verf.) Würde mich sehr freuen, wenn Sie mir auch einen Gruß zukommen lassen. — Renate-Chemnitz.“ Du lieber Gott, da sitzt so ein kleines Mädchen Tag für Tag bei seiner großen blauen Maschine und feht die Füßen laufen. Was haben fallen, ehe man sich's versteht, ist ein Paar Strümpfe fertig und geht hinaus in die weite unbekannte Welt, die gleich hinter Chemnitz anfängt. Und das kleine Mädchen träumt seine Lieben sozialdemokratischen Wünsche, schreibt sie auf einen Zettel und schickt ihn los. Vielleicht bekommt ihn der Reiche. — Wenn ihn z. B. Berffel gefunden hätte, ach, er hätte uns einen neuen herrlichen „Gesang an die kleine Schwester“ gebracht und vielleicht einen jungen tomanistischen Millonär damit so gerührt, daß er ausgezogen wäre nach Chemnitz und solange gesucht hätte, bis er das kleine hoch erschrockene Mädchen gefunden und geheiratet hätte. Somas kommt im Leben vor, verachtet Frau Courts-Mahler.

Aber in diesem Falle ist es wirklich hoffnungslos. Liebe Unbekannte, wie und wo soll ich dich finden und wenn ich dich finde und mich in dich verliebe und es läme dann bald der übliche Kreislauf — wie langsam und erlösend wäre das und dann bedenke doch — ein freier Schriftsteller. Wein, so bist du nur ein Geheimnis, gibst mir zu ralen auf und das macht dich interessant. Wessen wir es dabei, es ist besser so.

Aber der Strumpf hat schon wieder ein Loch.

## Nachruf an Auguste Hauschner.

Gesprochen bei ihrer Einäscherung von Armin I. Wegner. Liebe Freundin! Wir haben uns hier am Zeit deines letzten Schicksals verklammert, um noch einmal auf das Große zu schauen, das uns von dir hielten wird: auf deinen klugen, gütigen Geist, dein feines und freudvoll erfülltes Herz. Wir Jungen haben dich nicht in deiner Jugend gekannt, als du in Prag aufwuchst; aber wir wissen, daß du immer in Treue an den Straßen deiner Vaterstadt hingist. Ist es nicht ein sinnvolles Zeichen dafür, daß das letzte Buch, an dem du schriebst, in Prag spielt, jenes Buch, das noch auf deinem

Esterbeite in deinen Gedanken umging und in das du deine ganze Seele zu legen suchtest? Die wenigsten von uns haben auch noch den Mann und Gefährten gekannt, der so früh von deiner Seite geschieden ist. Aber in den dreißig Jahren, die nun folgten, sind wir alle früher oder später in den Kreis deiner Freundschaft getreten, haben wir alle die Klugheit und Güte achten und lieben gelernt, mit denen du diesen Kreis von Menschen umgibt; deine liebe weibliche Freundschaft. Das Leben hätte dir keine eigenen Kinder geschenkt, und vielleicht ist dies die Duette deiner größten Kraft geworden, der Menschheit zu schenken, was dir vom eigenen Fleische verlorst blieb. Dein dreißigjähriges Matrimonium ist auch eine dreißigjährige Mutterchaft gewesen. Drei Geschlechter von Männern und Frauen, von Jünglingen und Mädchen sind durch die Räume deines Berliner Hauses gezogen. Allen bist du ein Freund und Begleiter, ein Herold der Kommenden gewesen. Obwohl du selber ein umfangreiches und achtenswertes Werk schufst, das deinen Namen verbleibt, wird es dennoch übertrug von der Tiefe und Größe deiner Persönlichkeit, die sich der Welt der andern hingab. Immer hastest du ein offenes Ohr für den wahren Wert des Neuen. Kluge Skepsis und Zweifel verbanden sich bei dir mit liebender Erkenntnis. Welche Bewunderung! Welche Selbstausopferung!

Noch einmal denken wir jetzt an den Herd deines Hauses zurück: an das offene Feuer des Diens, um den der Kreis deiner Menschen stets wachend und sich erneuernd ver sammelte, an eine Tasse Tee, die du uns reichlich, an ein lüches Gebäck, eine Zigarette, an ein schön geschmücktes Mahl, und dies alles überstrahlt von dem Lächeln deiner Güte, von einem klugen und geistvollen Gespräch. Ja, das war das Wunderbare und Große an dir, daß sich freiliches Verständnis und Güte bei dir vereinten. Denn im Grunde warst du eine große Menschenverächterin, die stets zweifelte an dem Fortschritt der Welt. Aber es war jenes hochste menschliche Dennoch in dir, das dich immer veranlaßte, noch gegen diesen Zweifel den andern selbstlos zu helfen: ein höheres Pflichtgefühl reiner Güte. So standest du ruhig und gelassen, wie eine schöne mütterliche Bude, in dem dichten Menschenwald, der dich umgab. Es waren starke und milde Söhne und Brüder darunter, und wenn der Sturm dieser Zeit verheerend durch die Reste ihrer Kronen fuhr, so bangtest du in schmerzlichen Kummer und in Sorge um sie, wie nur je eine Mutter um des Glück ihrer Kinder gebangt hat. Die Zeit ist wie ein Holzstamm durch diesen Wald gegangen. Sie hat die schönsten und härtesten Stämme niedergeschlagen: zuerst vor Jahren schon Arthur Levitsohn, den älteren Freund, dann Gustav Landauer, den milden Sohn und Bruder, Fritz Mauthner, den ruhigen und klaren Geist, Hedwig Weis und viele andere. Es ist ein Jam um dich geworden, und als die letzte aus einem großen Geschwisterkreis geht du zur Ruhe. Aber noch stehen die beiden besten Freundinnen am Ort deines Todes, die in dundernder Liebe das Leid der letzten Tage mit dir ertrugen, noch steht an ihrer Seite die treue, langjährige und lebende Waise des Hauses. Noch stehen hier draußen in der Welt die zahlreichen Enkel deiner Freundschaft, um den Geist deines Lebens und Wirkens unerlöschlich weiter zu tragen.

Wiech wird der Boden sich unter der aufrum, und launlos wird in der Tiefe versinken, was unsere Augen noch zu halten suchen mit

leichter Jährlichkeit. Aber wir trauern nicht, daß in wenigen Minuten die Flamme den Leid verzehren wird, in dessen Seele stets die Glut eines reinen Feuers wohnt. Wir wissen, daß auch der Schoß der Erde, in den wir eingehen, uns Weiße und Empfangnis sein muß zu neuem Dasein, daß die Saat nicht sterben kann, die aus deiner Seele in unsere Seele fiel. Denn, wenn diese Stunde auch schmerzhaft ist, so ist sie doch groß und erhaben wie jeder Abschied. Und auch dieses noch ist ein Geschenk, weil wir noch einmal in diesem Augenblick in ganzer Stärke den Reichtum fühlen dürfen, der von dir ausströmte. Noch einmal danken wir dir dafür, wir täglich vernahmen, wie täglich beschenkt. Noch einmal rühren wir an deinen Schelten bis zu der Stunde, die auch uns gesendet ist. Dank dir, Freundin und Mutter der Welt, großes, liebendes Herz sei gegrüßt!

Byron-Fest auf der Akropolis. Die griechische Nation hat ihre Dankbarkeit für den Dichterdurch eine eindrucksvolle Feier am Todestage Byrons zum Ausdruck gebracht. Hunderttausende von Menschen drängten sich auf dem zur Akropolis hinaufsteigenden Hügel. Aller Augen waren auf die majestätische Säulenhalle des Parthenon gerichtet, über die der Mond ein mildes Licht ergoß. Hellig hörte man Harmonik aus dem Tempel dringen; gleichzeitig schritten in Reihen zu Zweien aus dem Tempel der jungfräulichen Athene 300 ammutige junge Mädchen in fließenden altgriechischen Gewändern, das Haar mit bunten Bändern durchflochten. Sie sangen im Chor Byrons „Mädchen von Athen“ nach der von Gounod komponierten Melodie. Es folgten Deklamationen Byronscher Gedichte, und um Mitternacht lag die Menge unter dem Absingen der kräftigen Nationalhymne den Hügel abwärts nach Athen. Auch griechische Länze wurden im Rahmen der Festfeier von Jünglingen der griechischen Tochterkulte ausgeführt.

Vergiftung durch Infusin. Das Infusin dessen Bedeutung für die Bekämpfung der Tuberkulose nicht hoch genug eingeschätzt werden kann und das daher jetzt auf dem Kongress für innere Medizin in Kissingen im Mittelpunkt der Verhandlungen steht, hat auch seine Gefahren. Ueber Vergiftungserscheinungen ist schon mehrfach in der Fachwelt berichtet worden. Jetzt ist im Hamburger St. Georg-Krankenhaus, dem Pharmakologischen Institut der dortigen Universitäts, ein Fall von Vergiftung eines gefunden Menschen beobachtet worden. Die Vergiftung war schwer und ihre Behandlung machte besondere Schwierigkeiten, ihre Anzeichen gingen nur sehr langsam zurück. Die Vergiftung zeigte eine hochgradige Unabwendbarkeit von Blutader. In dem Hamburger Falle über den Prof. Bornstein und Curt Hofm in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichten, erfolgte sie bei einem durchhaus normalen Blutdruckverlauf. Die Verstoffungsmenge ist übrigens, wie Prof. Richter vom Berliner Städtischen Krankenhaus am Friedrichshagen an anderer Stelle anführt, nicht die absolute Substanz, mit der die Anzeichen verbunden sind. Doch lassen sich diese Gefahren verhältnismäßig einfach beseitigen.

Museumsführungen. Sonntag, den 27. 10 Uhr vorm. findet eine wissenschaftliche Führung im Kaiser-Friedrich-Museum („Museum“) statt. Eintrittsgeld ist frei vor Beginn am Eingang des genannten Museums erhältlich.



## Das Rheinland als Reparationsprovinz.

II. meldet aus amtlicher Quelle:

Die seit Monaten zwischen der deutschen, französischen und belgischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die für diese beiden Staaten in Auftrag gegebenen Binnen-Schiffneubauten im Zusammenhang mit einer Freigabe des von Frankreich in großen Umfange beschlagnahmten Rheinischstraums sind nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Die Rhein-Schiffahrt muß, um die Freiheit ihres Betriebes zu sichern, wiederum vier Rhein-Raddampfer neueren Typs und elf Röhren den Allerten zu Eigentum überlassen. Die im unbefestigten Gebiet berg stellten Schiffneubauten werden an Frankreich sobald wie möglich abgeliefert, während die auf rheinischen Schiffswerften liegenden Neubauten nur zu einem Teil fertiggestellt werden.

Das Abkommen legt der Rhein-Schiffahrt neue schwere Lasten auf, zu deren Erleichterung sich die deutsche Regierung zurzeit aufzuhalten sieht. Um so mehr müssen die Rhein-Schiffahrtbetreiber erwarten, daß nunmehr die Herstellung der vollen Freiheit in der Rhein-Schiffahrt schnellstens durchgeführt wird und künftig unbeeinträchtigt bleibt. Den an dem Abkommen noch nicht beteiligten Firmen ist der Beitritt zur Sicherstellung auch ihrer Freiheit offengehalten.

Eine Gruppe der größeren Kohlenverarbeiter hat mit der französisch-belgischen Transportkommission eine Regelung über die Reparationskohlentransporte getroffen, die bis zu irgendeiner anderweitigen Regelung dieser Frage zwischen den beteiligten Regierungen Geltung haben soll und die den beteiligten Kohlenverarbeitern bei teilweiser Uebernahme der Transportkosten die freie Verfügung über ihren Schiffsraum gibt.

## Dauerkrise in Polen.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Als bei den polnischen Wahlen im Herbst 1922 die Hoffnung der Neuen getragen hatte, die absolute Mehrheit zu erringen, war es klar, daß jede stabile Mehrheitsbildung im polnischen Sejm mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft sein würde. Denn außer der geschlossenen Partein Mehrheit und der schwächeren, stark zersplitterten Linken waren in das Parlament in Stärke von fast 90 Mann die Vertreter der nationalen Minderheiten eingezogen, ohne die eine feste Mehrheit kaum zu bilden war. Wer die polnischen innerpolitischen Verhältnisse kennt, weiß aber, daß eine Regierungsbildung mit den Minderheiten eine Unmöglichkeit ist. Die Rechte propagierte von vornherein das Schlagwort der „polnischen Mehrheit“, und tatsächlich gelang es ihr, nachdem sie den ehrgeizigen Witsos für ihre Pläne eingekauft hatte, mit dessen Partei vorübergehend eine solche polnische Mehrheit im Sejm herzustellen. Die Witsos-Partei mußte jedoch das unaufrichtige Bündnis ihres Führers mit mehreren Spaltungen lösen, und schließlich reichte es zur Mehrheit nicht mehr. Witsos führte Ende vorigen Jahres, und an seine Stelle trat der augenblickliche Ministerpräsident Grabli.

Die Erfindung des Kabinetts Grabli, das inzwischen bereits mehrfach einen Personalwechsel erfahren hat, beruht jedoch nur auf der geistlichen Notwendigkeit, alle Energie an die Sanierung der Finanzen zu legen. Parteikämpfe aber, die den Sturz des Kabinetts herbeiführen könnten, nach Möglichkeit zu vermeiden. Das bedingt natürlich eine gewisse politische Zurückhaltung. Ob eine glückliche Lösung des Finanzproblems erzielt werden wird, ist noch ungewiß. Aber sicher ist, daß das gegenwärtige Kabinett der Sanierung nur ein latentes Kabinettsziel verdeckt.

Ein Einzelzitat läßt sich am besten zeigen, wie weit Polen davon entfernt ist, einen seinen wirklichen Interessen entsprechenden klaren und festigen Kurs zu steuern. Bei der Diskussion über die Memelfrage sagte der sozialistische Abgeordnete Niedziakowski am 10. April in dem Sejmatschuh für Neuherr:

„Polen ist noch ein im Inneren schwacher Staat, aber Polen kann und muß eine selbständige Außenpolitik führen. Das Verhältnis unserer Außenpolitik zu Frankreich war nicht ein Bündnis unter gleichen, sondern das Verhältnis eines Schwächeren zu einem Lebenden und tätigen Menschen. Wir haben die Forderung einer Annäherung an England und der Unterstützung des Völkerbunds-Programms der Labour Party aufgestellt. Nichts ist bisher in dieser Richtung geschehen. Aber die Möglichkeiten sind ungeheuer.“

In der Tat hat der sozialistische Redner im Kerne seines Vortrags recht: Der polnischen Außenpolitik, von welchem Standpunkt man sie auch ansehen mag, fehlt jede eigene Initiative, und heute noch kann man, wie einst Lord George Spon, „niemand kennt die polnische Politik“. Denn was man davon sieht, ist eben nur „der Schatten Frankreichs“. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Politik nicht geeignet ist, als Grundlage für ein starkes Kabinett zu dienen.

## Die britische Reichsausstellung.

Eröffnungreden des Königs und des Thronfolgers.

London, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Unter einem großen Aufwand höflichen und militärischen Prunks wurde am Mittwoch vormittag vom König und dem Prinzen von Wales die große Britische Reichsausstellung in Wembley eröffnet. Hunderttausende hatten sich schon in den frühen Morgenstunden eingefunden, um diesem Schauspiel beizuwohnen. Im Stadion, wo die Zeremonie der Eröffnung vor sich ging, wehten hunderte „Union Jacks“. Der Prinz von Wales hielt als Präsident der Ausstellung die Begrüßungsansprache an den König und hob dabei in längerer Rede die Bedeutung und den Wert dieser Veranstaltung hervor, die ein lebendiges Bild der Geschichte und der heutigen politischen und wirtschaftlichen Macht des britischen Reiches vermittele. Die Ausstellung sei ein Beweis dafür, daß

Großbritannien heute die größte zivilisierte Macht der Erde sei und nur friedliche Ziele und das Wohl der gesamten Menschheit im Auge habe. Nach ihm ergreift der König das Wort zur Eröffnungsansprache, in der er darauf hinwies, daß die Ausstellung eine treffende Illustration für jenen Geist freier und dauerhafter Zusammenarbeit darstelle, von dem die verschiedenen unter der britischen Flagge lebenden Völker in ihren Bestrebungen befehle seien, einen gemeinsamen Wohlstand zu schaffen und die verschiedenen nationalen Begabungen zu einem guten Ziele zusammenzufassen. Er hoffe, daß diese Ausstellung nicht nur das Familiengedächtnis zwischen den einzelnen britischen Ländern und Völkern stärken, sondern auch geeignet sein werde, die durch den Weltkrieg in Verwirrung und Desorganisation geratene Weltwirtschaft wieder in normale Bahnen und gesunde Entwicklung zu lenken. Ein Gebet des Bischofs von London beendete den feierlichen Eröffnungsgang.

## Ein japanisches Tauschangebot.

Moskau, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir erfahren, hat Japan Rußland verständigt, daß es bereit sei, Sachalin zu räumen, unter der Bedingung, daß die russische Konzession an die Petroleumgesellschaft Sinclair & Co. gänzlich gemacht wird, und daß die sibirische Bahn an Japan übergeht.

# Die Katastrophe auf der Gotthardtbahn.

Die Gesamtzahl der Opfer bei dem Eisenbahnunglück von Bellinzona scheint nach den neuesten Mitteilungen aus Basel nicht die zuerst befürchtete Höhe erreicht zu haben. Man zählt jetzt 16 Tote, darunter 6 Eisenbahnbeamte und 10 Fahrgäste. Es ist aber vollständig unmöglich, die Totenzuidentifizieren, da es sich fast ausschließlich um verlorbene Leichenreste handelt.

Eine Nachprüfung der Weichen hat einwandfrei festgestellt, daß die Weichen vorchriftsmäßig gestellt waren. Die beiden Sätze waren mit je zwei elektrischen Maschinen bespannt, die in voller Fahrt ineinanderliefen. Die beiden vorderen Lokomotiven wurden in die Höhe gehoben und quer über das Gleis geschoben. Die beiden Führerstände wurden vollkommen zerquetscht. Der verantwortliche Lokomotivführer, der das Einfahrtsignal nicht beachtet hat, ist getötet. Die größte Zahl der Opfer ist in den beiden verbrannten Wagen zu belegen. Die in Italien gebaute Befürchtung, daß sich unter den Gerösten der italienischen Gelände in Kopenhagen, Graf de la Torre, befindet, hat sich nicht bestätigt. Der Gelände hatte von Lugano aus, wo er die Fahrt unterbrochen hatte, den ersten Expresszug nach Basel benutzt und hat die Grenzpolizei benachrichtigt, daß er bereits nach Kopenhagen weitergereist sei. In der Nacht wurde bekannt, daß drei Reisende sich aus dem brennenden böhischen Wagen retten konnten. Es sind dies zwei Herren aus Frankfurt und ein Professor aus Nancy, die ihre Reise sofort fortsetzten.

## Eine Erklärung des Reichsverkehrsministeriums.

In Erklärungen der Leitung der Schweizer Bundesbahnen wird, wie mitgeteilt, die Größe des Unglücks auf der Gotthardtbahn auch darauf zurückgeführt, daß ein deutscher Wagen nach Gasbeleuchtung hatte und das Gas des Behälters nach dem Zusammenstoß Feuer gefangen hat. Dazu erklärt das Deutsche Reichsverkehrsministerium: Im internationalen Verkehr laufen durchweg nur elektrisch beleuchtete deutsche Wagen. Sollte ein deutscher Wagen mit Gasbeleuchtung in dem Zug gewesen sein, dann kann es sich nur um einen Verfallungswagen gehandelt haben, der wegen des starken Festtagsverkehrs eingestellt worden wäre. Von den deutschen D-Zug-Wagen sind zwei Drittel mit elektrischer Beleuchtung versehen und alle in den letzten zwölf

## Eine Abrechnung mit dem Antisemitismus.

Da in der Zeit vor den Reichstagswahlen die Agitatoren des Antisemitismus mit besonderem Eifer den Judenboß schürten, hatte zur Abwehr die Berliner Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Jubel war so stark, daß im Lehrerversinhaus am Alexanderplatz der große Saal samt dem Vorraum sich rasch bis auf den letzten Winkel füllte und für die Hunderte der Abgewiesenen in einem anderen Saal eine Parallelversammlung stattfinden mußte.

Der nicht jüdische Student Hans Henning-Berlin, der in der Hauptversammlung referierte, sprach einleitend von der Notwendigkeit, zur Wiederaufrichtung des deutschen Volkes eine Einheitsfront zu schaffen. Er geißelte das Verfahren der Antisemiten, die Gesamtheit der jüdischen Volksgenossen für die Verfehlungen von Einzelpersonen verantwortlich zu machen. Den gegen die Juden erhobenen Vorwurf feiger Drückerarbeit im Kriege widerlegte er mit dem Hinweis auf die große Zahl der Juden (über 96 000), die an der Front gekämpft haben und von denen viele (über 12 000) ihr Leben gelassen haben. Teils aus Tapferkeit, teils aus Abwilligkeit wird Schlichtes und Verschicktes, das bei Juden wie bei Nichtjuden zu finden ist, nur bei Juden beachtet und dann in unberechtigter Verallgemeinerung dem ganzen Judentum zur Last gelegt. Mit eindringlichen Worten wandte der Redner sich gegen die Gewissenslosigkeit, auch die Jugend zu verheizen und den Antisemitismus in die Schule hineinzutragen, was zu tun selbst Lehrer sich nicht scheuen. Der Antisemitismus ist, sprach Henning, nicht eine Angelegenheit, die nur die Juden angeht, sondern eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, das durch die Judenboß vergiftet und auch vor der gesamten Welt bloßgestellt und beschimpft wird. (Stürmischer Beifall.) Als zweiter Referent sprach Bundesmitglied Arnold Stein. Er zeigte die teils wirtschaftlichen, teils politischen Mängel des Antisemitismus, dem der Großgrundbesitz und die Schwerindustrie die reichlichen Mittel liefern. Unter lebhafter Zustimmung erklärte er: Wir Juden haben es satt, uns belächelt zu lassen. Wir dürfen nicht länger, daß man uns jüdische Frontsoldaten in den Rot zieht. Wir werden gegen die Heher unsere Kräfte genau so gebrauchen, wie wir es im Kriege getan haben. Mit stärkstem Beifall unterstrich die Versammlung die Schlüsselformel des Redners, in denen er die Treue der deutschen Juden zum deutschen Vaterlande betonte.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ist politisch neutral, aber in der Diskussion kam naturgemäß die Stellungnahme der politischen Parteien zum Ausdruck. Unter Genosse Krille, der hier an erster Stelle sprach, erinnerte daran, daß die Sozialdemokratie sich stets gegen den Antisemitismus gewandt hat. Er wies auf die tiefen sozialen Ursachen des Antisemitismus hin, auf die Folgen des Krieges, den wirtschaftlichen Zusammenbruch, der viele Kreise der in Not geratenen Bevölkerung empfänglicher für die Heheren der antisemitischen Agitation macht. Krille schloß unter lebhaftem Beifall mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie nach wie vor sich mit ganzer Kraft für den Schutz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger einsetzen wird. In der weiteren Diskussion sprachen gegen den Antisemitismus unter anderem der zur KPD gehörende Fischmann und der demokratische Abgeordnete Kuschke. Ein Redner, der sich als „evangelischer Christ“ vorstellte, war wohl durch persönliches Unglück aus dem jüdischen Gleichgewicht gekommen. Das wollte er nun dem Judentum entgelten lassen.

## Unsere Wählerversammlungen.

In zehn großen und sehr gut besuchten Versammlungen haben gestern Redner der vornehmsten sozialdemokratischen Partei über die Bedeutung des 4. Mai für die Arbeiterklasse und das Schicksal der Republik überhaupt gesprochen. Im Norden sprach in der Schützenlaube, Plantagenstraße, Genosse Bartels. Der Redner betonte die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und kam dann auf die Stellungnahme der Parteien zu sprechen. Weder die Rechts- noch Linksextremen können mit ihren Radikalismen mehr tun als lähme Reden zu schwingen. In der Diskussion sprachen zwei Mitglieder der USPD, welche sich im Großen und Ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten. Sie glaubten aber nicht an die Taten der USPD, und darum sei die USPD eine Notwendigkeit. Im Schlußwort wies der Referent auf die Spielerei hin, die die Genossen von der USPD treiben. Was werden diese Gruppen weiter erreichen als die Zusammenfassung einiger zehntausend Stimmen, die der Arbeiterklasse nur verloren gehen. — Eine gut besuchte Wählerversammlung in den Sophienläden hörte ein Referat des Genossen Dr. Zechlin. In seinen Ausführungen zeichnete er an Hand eines reichen Tatsachenmaterials ein Bild der Politik unserer Partei während der verfluchten Reichstagsession. Sollte es am 4. Mai nicht gelingen, eine echte republikanische Mehrheit in den Reichstag zu wählen, wird das deutsche Volk die jetzt auseinanderstrebende Entente wieder gelöst gegen sich sehen. — In einer gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung in Neudölln sprach Genosse Dr. Mieren-dorf. Er betonte die Notwendigkeit, am 4. Mai die Stimmen für die Sozialdemokratie abzugeben, da diese die einzige Partei sei, welche die Interessen des Proletariats vertritt. Während der Ausführungen des Redners machten die anwesenden Kommunisten wiederholt

Jahren neu geschaffenen deutschen D-Zug-Wagen haben ausschließlich elektrische Beleuchtung. Die Gotthardtbahn ist seit dem Kriege, da die Schweiz keine Kohle bekam, elektrifiziert, dort konnte man leicht die elektrische Zugbeleuchtung einführen, während bei dem deutschen Dampftrieb erhebliche Aufwendungen dazu erforderlich gewesen wären. Die Schweizer Bahnen führen hinter der Lokomotive einen Heizkesselwagen mit, um den Zug zu erwärmen, während bei uns elektrische Zugheizung besteht. Möglicherweise ist das Unglück auch durch diese Mitführung von Heizkesselwagen vergrößert worden.

## Die Darstellung eines Augenzeugen.

Hans Forthmann, der seinen verletzten Vater, die Mutter und Schwester aus dem zweiten Wagen des Mailänder Zuges rettete, erzählt über den Hergang des Unglücksfalles: Wir befanden uns im vorderen Abteil des zweiten italienischen Wagens des Mailänder Zuges und wurden durch den heftigen Zusammenstoß geweckt. Nur mit gewaltigen Anstrengungen konnte ich mich von meiner Einklemmung freimachen und mit der Faust die Fenster Scheiben einschlagen, um ins Freie zu gelangen. Auf diese Weise konnte ich meine Mutter, meinen Vater und meine Schwester retten, trotzdem die beiden letzteren verletzt waren. Im Nebenabteil konnte sich auch mein Vetter Wilhelm Forthmann aus Köln retten. Nur mit Mühe und Not konnte ich die Verletzten vom Wagen wegtreten, der zu brennen begann. Trotz der großen Panik und Bestürzung half der Schaffner Cantarina mutig etwa zehn anderen Reisenden aus dem gefährdeten Wagen. Andere Ueberlebende aus dem zweiten Wagen erzählten, sie hätten vom ersten Wagen sofort die Pfahnen Lichterlösch ausbrechen sehen und Hilferufe und Stöhnen aus dem brennenden Wagen gehört, in denen Menschenkörper wie in einem Krematorium verbrannten. Im Ru hatten die Pfahnen alle Brennbare verfrachten. Die Hauptkugel an dem Zusammenstoß trifft den geistesigen Zugführer Cavignoli, der das Haltesignal des Rangierbahnhofes trotz der Warnung seines Hilfsführers überfahren hatte.

Die Nachricht vom Tode Dr. Helfferichs und seiner Mutter, die sich ebenfalls unter den Verunglückten befanden, finden unsere Leser an anderer Stelle.

unfünfte Zwischenrufe, in der Diskussion meldete sich aber niemand. — In einer außerordentlich gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung in Kaulsdorf sprachen die Genossen Süde und Hübemann. Den Versammlungsteilnehmern wurden die Reichsbewegungen im Hülse-Bezug in treffenden Worten vor Augen geführt. Von den gemäßigten Parteien wurden die Wähler zum Protest der Deutschhollischen und der Kommunisten unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden gebührend gebremst, und als Genosse Hübemann den Kommunisten zurief: „Ihr könnt uns Rußland nicht als Rußland vor Augen führen“, bekannten die Kommunisten frei und freimütig: „Das wollen wir auch nicht.“ Als Genosse Hübemann auf seine weitere Frage: „Wollt ihr 120 Tage oder noch mehr in neuen Reichstagen haben“, erhielt er von den Kommunisten die Antwort: „Wir sind mit weniger zufrieden“, so daß er unter Beifall der Anwesenden die Hoffnung aussprechen konnte, daß die USPD auch nach dem 4. Mai noch die Kommunisten auf die Arme nehmen könne. — In der Bodbrauerei sprach Genosse Breuer vor den Wählern der 47. Abteilung Genosse Feld, in der Schulaula in der Poststraße sprach in Charlottenburg Genosse Faldenberg, in Lichterfeld Genosse Friedrichs-feld Genosse Reimann, in Friedrichshagen Genosse Joachim und am Wedding Genosse Dr. Freund. Auch diese Redner hatten die gespannteste Aufmerksamkeit der Versammlungsteilnehmer für sich und mit Hochrufen auf die USPD, wurden die Versammlungen geschlossen.

## Das Ende des Brandes in Moabit.

Die Berliner Feuerwehr hat an der Brandstelle in Moabit, Gohlswaldstraße 20, mit der Aufräumung begonnen, nachdem das Feuer in der Nacht aus Mangel an Nahrung erloschen ist. Dieser Brand beansprucht in der Berliner Brandchronik einen besonderen Platz wegen des Brandobjekts und der eigenartigen Umstände. Wo der Brand ausgekommen ist oder wie er entstanden ist, weiß man noch nicht. Bemerkenswert ist ferner, daß trotz der großen Ausdehnung der Brandstelle in verhältnismäßig kurzer Zeit die Feuerwehr, die 12 Schlauchstellungen benutzte, das Feuer in der Gewalt hatte und eine weitere Ausdehnung verhindern konnte. Die brennenden bzw. glühenden Magnesiumvorräte brannten unter großem Licht. Für die vielen Zuschauer in den Straßen und auf der Gohlswaldstraße war der Brand ein Schauspiel, wie bei einem Feuerwerk oder in einem Kino. Die Feuerwehr beschränkte sich nachts darauf, die einzelnen an mehreren Stellen glühende Kräfte von etwa 1 Kubikmeter Inhalt zu beobachten und alle brennenden Holzstücke, Postkörbe etc. auf den Hof zu werfen, der vollständig mit jedem Brandschutt bedeckt war. Anerkennung verdienen die Mannschaften für ihre Tätigkeit bei der enormen Hitze und den erstickenden Dämpfen, wodurch verhindert wurde, daß die Stützmannen auf das Quergebäude und die Wohnungen im Vorderhaus übergriffen. Die Böhm-Werke A.-G. sind mit der Gesellschaft „Adrema“ ganz erheblich geschädigt worden.

## Schwarzweihrote Frechheit.

Am 18. April (Karfreitag) wurde in Karow die Tochter eines Kleinbauern beerdigt. Der dortige Bismarck-Bund hatte sich zu der Trauerfeier vor dem Hause seines Ehrenvorsitzenden, zwei Kilometer vom Kirchhof entfernt, versammelt und marschierte mit aufgerolltem schwarzweihrotem Banner in Stärke von 16 bis 20 Mann geschlossen durch den Ort. In derselben Weise wurde der Bismarck-Bund angetreten. Karow, das bekanntlich zu Groß-Berlin gehört, hat auch eine nicht unerhebliche Anzahl sozialdemokratischer und republikanischer Einwohner, die mit Entzügen — wieder einmal — von der Frechheit der Frechheit und von der Abwesenheit der Schulpolizei Kenntnis nehmen konnte. Ganz und gar unmöglich wären aber derartige Freche Provoaktionen, wenn sich an jedem Ort, in dem Republikaner, Sozialisten und Demokraten wohnen, aus diesen eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarzrotgold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer, bilden würde, von dem es in Brandenburg schon über 400 Ortsgruppen gibt.

Jungwähler heraus! Am Freitag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147, eine öffentliche Jungwählerversammlung mit dem Thema „Die Jugend und die Reichstagswahl“ statt. Redner ist der Genosse Max Westphal. Das Erscheinen aller Jungwähler ist dringend erforderlich!

Kommunisten heraus! Am Freitag, 25. April, abends 8 Uhr, findet Winterkonzert im Gr. Saal der Neuen Welt. Mitwirkende: Verästeltes Bläserorchester, Dirigent Leo Blech. Solist: Professor Konrad Karten bei Violine. Bote & Bod und den bekannten Verkaufsstellen. An der Abendkasse erhaltliche Preise.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis, Lichterfeld. Die Abteilungen werden ersucht, die gemeinsamen Theaterkonzerte, sowie die Karneval- und Faschingsveranstaltungen bis zum 25. April, abends 6 Uhr ab, in der Bismarck-Weihroten 25 abzurufen.
18. Kreis, Freitag, abends 7 Uhr, bei Blücher, Schreiber Str. 23. Sitzung der Bezirksführer und politischen Vertrauensleute.
19. Kreis, 7 Uhr, wichtige Familienangelegenheit mit den Bezirksleitern, bei Frau, Prenzlauer Allee 150.
20. Kreis, 8 Uhr, Plakate und Briefe sind sofort beim Abteilungsleiter Schönlager, Kaiser-Friedrich-Str. 63, 4. Etz, in Auftrag zu nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft tritt Sonntag, 8 Uhr, bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 17, zu einer wichtigen Besprechung zusammen. — Sonntag, den 27. April, um 7 Uhr, große Flugblattverteilung. Treffpunkt bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 17.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die KPD. gegen den Achtstundentag.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen spaltenlangen Artikel gegen die Absicht des DGB, über den Achtstundentag eine Volksabstimmung herbeizuführen. Wir stellen uns nicht der Mühe wert, auf das blödsinnige Geschrei dieses Blattes, dem ja kein ernster Mensch mehr irgendwelche Bedeutung beizumessen. Nun hält er es das „Büro der Zentrale der KPD.“ für notwendig, unter der fetten Überschrift: „Gegen die neueste Schwindelaktion des DGB.“ eine feiggedruckte Erklärung loszulassen.

Bekanntlich fand kürzlich in der Schweiz eine Volksabstimmung statt über einen Parlamentsbeschluss, der den Achtstundentag beseitigt hätte. Das Ergebnis der Volksabstimmung war die Verwerfung des Parlamentsbeschlusses mit einer großen Mehrheit. Es besteht für uns kein Zweifel, daß auch in Deutschland eine Volksabstimmung ein gleiches Resultat ergeben würde, vorausgesetzt, es geht ihm eine intensive Aufklärungsarbeit voraus. In welcher Form könnte am einfachsten und besten die Volksabstimmung sich über den Achtstundentag äußern? Da ein Parlamentsbeschluss nicht vorliegt, sondern nur eine Verordnung über die Arbeitszeit, die aber auch nur für die Privatindustrie Geltung hat, eine Verordnung, die grundsätzlich wohl den Achtstundentag aufrecht erhält, tatsächlich ihn aber so gut wie ganz beseitigt, da außerdem bei Ablehnung der Arbeitszeitverordnung noch nicht ein Gesetz geschaffen wäre, das den Achtstundentag einführt, so ergibt sich mit zwingender Logik, daß eine Abstimmung darüber ihren Zweck vollständig verfehlen würde. Es ist deshalb in Aussicht genommen, der Volksabstimmung die Ratifizierung des Abkommens von Washington zu unterbreiten.

Dieses Abkommen hat den Vorteil, ein internationales Gesetz zu sein, das von einer Reihe von Staaten ratifiziert ist und dessen Ratifizierung durch Deutschland ganz zweifellos die Ratifizierung durch diejenigen Staaten, die es bisher nicht getan haben, zur Folge haben würde. Damit wären den international geführten Angriffen der Unternehmern, den Achtstundentag in dem einen Lande zu beseitigen, um mit dem Argument der Konkurrenz ihn dann in einem anderen Lande abzumürgen, ein für allemal Tür und Tor geschlossen. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Unternehmer durch ihre Presse, durch die bürgerlichen Parteien alle Hebel in Bewegung setzen werden, um die Volksabstimmung zu hintertreiben bzw. die Ablehnung des Abkommens von Washington herbeizuführen.

Daß aber die KPD, die für sich immer noch in Anspruch nimmt, eine Arbeiterpartei zu sein, den Unternehmern von vornherein zu Hilfe kommt und gegen das Abkommen von Washington und seine Ratifizierung durch eine Volksabstimmung Stellung nimmt, zeigt deutlich genug, daß sie in Wirklichkeit aufgehört hat, eine Arbeiterpartei zu sein. Die KPD. erklärt also offiziell: „Die kommunistische Partei wird diesem Vorschlag (gemeint ist die Volksabstimmung über das Abkommen von Washington) mit aller Macht entgegenzutreten.“ Wenn dieser Erklärung hinzugefügt wird, daß nur durch Führung von Kämpfen der Achtstundentag gesichert werden könne, dann sei daran erinnert, daß die kommunistisch orientierte Arbeiterchaft in den Gewerkschaften und im Bitterfeld es nicht nur ablehnt, sich mit den Streikenden von Ludwigshafen solidarisch zu erklären, sondern sogar neun und zehn Stunden arbeitet. So leben die kommunistischen Kämpfer für den Achtstundentag aus!

## Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 29. April einen Artikel des bekannten Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg, Dr. Guggenheimer. Der Verfasser untersucht, wie weit die deutsche Industrie im Auslande gegenwärtig wettbewerbsfähig ist und was ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Er schreibt u. a.:

Auf das Zurückbleiben der deutschen Real-Löhne gegenüber fremder Produktionsgebiete wird immer hingewiesen, wenn bemerkt wird, daß die deutsche Ware mäßig den Wettbewerb nicht aushält. Hierbei aber wird verkannt, daß die in Wegfall gekommenen Hindernisse nur einen kleinen Teil der bestehenden darstellen, und daß die noch vorhandenen weitaus den etwa noch mündenden Vorteil geringerer deutscher Löhne aufwiegen.

Es wird vergessen, daß auch heute noch die höchsten wesentlichen Löhne sich gestalten als die des Auslandes und namentlich nicht annähernd jene Rücksichten auf den Export nehmen, wie dies in Konkurrenzländern der Fall ist. Es wird nicht daran gedacht, daß wir uns einer Unmachtkurve in einer schwer belastenden Höhe zu erheben haben und daß selbst die notwendigen Zahlungen in fremder Valuta einer die Zahlung selbst noch belastenden ganz ungerichtfertigen Devisenumschlüssel unterliegen.

Hierzu treten die unproduktiven Lasten, die eine fünfjährige staatliche und tarifliche Mißwirtschaft geschaffen haben und nicht mit einem Schlag zu beseitigen waren. Hierzu rechnet all das, was eine ungelückte Demobilisationsverordnung an Vermehrung der unproduktiven Kräfte gebracht hat und bis heute nur zu einem geringen Prozentsatz beseitigt werden konnte. Hierzu rechnet auch die schwere Belastung der Produktion durch nicht genügende Ausnutzung der Betriebsanlagen und Einrichtungen infolge eines allgemein als undurchführbar erkannten, aber gleichwohl durch Regierungsmassnahmen noch protegierten Achtstundentages; und hierher rechnet weiter die durch sogenannte Sozialtarife geschaffene und noch außerordentlich hohe Spanne zwischen den Löhnen von gelehrten und ungelehrten Arbeitern.

Dies nur die wesentlichen Gründe für die Erschwerung der deutschen Selbstkostenberechnung. Wie wenig kann demgegenüber die Rechnung des Reichswirtschaftsministers verlangen, selbst genau auf den Vorrat zu kalkulieren? Wie soll dies möglich sein, wenn zwar die infolge des Währungsverfalls früher in die Kalkulation aufzunehmende Risikoprämie in Wegfall gekommen ist, aber die

heutige Steuererhebung in ihrer Ungenauigkeit und stets massenhaften Anwendung und Auslegung den Kalkulierenden zwingt, für alle Bandlungen auf diesem Gebiete, sollen nicht Verluste ihm treffen, eine andere Risikoprämie einzuzurechnen?

Und weiter: muß der exportierende Kaufmann zumal dann, wenn er nicht sofort, sondern erst nach längerer Frist zu liefern in der Lage ist, nicht eine weitere Risikoprämie in seine Berechnung aufnehmen im Hinblick auf die stets schwankende, jeden Tag wechselnde Wirtschaftspolitik des Reiches, die vielleicht momentan Entlastungen schafft, aber am nächsten Tag sich selber widersprechend schon wieder neue Belastungen bringt?

Die Sicherheit wird aber noch weiter beeinträchtigt, bei den festen, die Berechnung jeder festen Unterlage beraubenden Arbeitskämpfen, die erhebliche Förderung auch wieder in der sie direkt provozierenden Maßnahmen der Regierung erfahren. Wie soll mit bestimmten Löhnen, wie soll mit bestimmten Zuschlägen kalkuliert werden, wenn ein Federstrich auf dem Gebiete der Arbeitszeit und Tarifgesetzgebung über Nacht alle Berechnungen umwerfen kann?

Dr. Guggenheimer vergißt unter all den Faktoren, die er anführt, einen, und zwar den wesentlichen: die Liebertsteuerung durch das Kartellwesen, besonders in der Schwerindustrie. Aber wenn man weiß, daß die Fabrik, deren Generaldirektor Dr. Guggenheimer ist, dem Stinnes-Konzern angehört, dann wird man nicht über-

## Achtung, Eisenbahner!

Am Freitag, den 25. April 1924, abends 7 Uhr, im „Tägliches Zeit“, Charlottenburg, Berliner Straße 53

## Große öffentliche Eisenbahnerversammlung

### Tagesordnung:

1. Die Bedeutung des neuen Reichstags für die Eisenbahner  
Referent: Bezirksverordneter Tempert.
2. Freie Ausdrucksweise. Eisenbahner, sorgt für Massenbesuch!  
Der Werbeausschuß der DSD.-Eisenbahner.

taucht sein, daß er gerade dieses Moment mit Stillschweigen übergeht. Dagegen ist es interessant, daß selbst Guggenheimer zugibt, daß die Löhne der deutschen Arbeiter hinter denen ihrer ausländischen Kollegen zurückbleiben. Damit gesteht er ein, daß es nicht die Löhne sein können, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen. Wenn er nun gegen den durch die Regierungsverordnungen angelegten „immer noch protegierten Achtstundentag“ polemisiert, dann vergißt er, daß dieser Achtstundentag gerade in den Ländern, mit deren Konkurrenz die deutsche Industrie zu rechnen hat, in Geltung ist. Also es kann auch nicht die Arbeitszeit sein, die schuld ist an der verminderten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Gelungen ist die Klage Guggenheimers über die Sozialtarife. Bekanntlich waren und sind es die Unternehmer, die gegen den Willen der Gewerkschaften sogenannte Sozialtarife durchgesetzt haben. Also auch hier trifft die Schuld ausschließlich die Unternehmer.

Interessant ist, was Guggenheimer über die neue Risikoprämie schreibt. Danach kalkulieren die Unternehmer eine Risikoprämie für die Steuern, die sie eventuell zahlen müßten, aber bis jetzt noch nicht gezahlt haben. Bei derartigen Kalkulationsmethoden darf man sich freilich nicht wundern, wenn die deutsche Industrie ihre Preise übersteuert. Scheierhaft ist uns die „weitere Risikoprämie“, die der exportierende Kaufmann, nach Guggenheimer, im Hinblick auf die stets schwankende Wirtschaftspolitik des Reiches in die Kalkulation einstellen muß.

Die Klagen über die Arbeitskämpfe nehmen sich im Munde eines Metallindustriellen sehr eigentümlich aus. Seit 8 Wochen sind die deutschen Wertarbeiter ausgesperrt, weil sie sich weigern, ohne wirtschaftliche Notwendigkeit Überarbeit zu leisten. Jetzt drohen die Metallindustriellen eine Aussperrung der gesamten Metallarbeiter Deutschlands vorzunehmen, wenn die Wertarbeiter sich nicht dem Diktat der Unternehmer unterwerfen. Dann aber stellt sich Dr. Guggenheimer hin und klagt über Arbeitskämpfe, die, wie er sagt, durch die direkt provozierenden Maßnahmen der Regierung gefördert werden. Nun ist die Regierung in den Arbeitskonflikten den Unternehmern immer zu Hilfe gekommen. Sie hat ganz unnötige Schiedsprüfung, die den einseitigen Unternehmerwünschen gerecht werden, für rechtsverbindlich erklärt und damit den Gewerkschaften die Hände gebunden.

Dr. Guggenheimer sagt nichts von einer dritten Risikoprämie. Und das ist die Subventionierung der deutschpölistischen Banken durch die Industrie, insbesondere durch den Teil der Industrie, dem Dr. Guggenheimer nahesteht. Er sagt auch nichts von dem Wucher, den die Banken heute noch immer treiben. Aber wenn man auch nur nimmt, was der Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg selbst zugibt, so steht fest, daß weder die Löhne noch die Arbeitszeit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen, daß es somit allein die Wirtschaftspolitik und die Kalkulationsmethoden der Unternehmer sind, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufs schwerste gefährden.

## Der Streit der Bauanschläger.

Die Bauanschläger befinden sich seit 14 Tagen im Streit. Sie hatten an den Schuppenden der Schloßereien den Antrag auf Erhöhung ihrer Stundenlöhne um 15 Proz. gestellt. Aber die Arbeitgeber, wie auch der angesehene Schlichtungsausschuß, lehnten die Forderung ab, letzterer mit der Begründung, daß ein Stundenlohn von 80 Pf. den bestehenden Verhältnissen durchaus entspreche.

Inzwischen haben 17 Firmen, die zum größten Teil dem Schuppendenverband angehören, die Forderung der Streikenden bewilligt, obwohl der ursprüngliche Antrag, den verteuerten Lebensverhältnissen entsprechend, auf 1 R. Stundenlohn und Erhöhung der Affordlage um 25 Proz. erweitert worden war. Dadurch haben die Arbeitgeber selbst den Beweis erbracht, daß das Gewerbe durchaus imstande ist, die geforderten Löhne zu zahlen, und daß lediglich die Scharfmacher des Schuppendenverbandes schuld daran ist, wenn im Gewerbe keine Ruhe zu halten ist. Als letztes Mittel sollte nun die Aussperrung sämtlicher Anschläger durchgeführt werden, doch ist es auch damit beim Versuch geblieben. Die Firmen, die bewilligt haben, leisteten dieser freundlichen Aufforderung keine Folge und bei den anderen Arbeitgebern standen die Arbeiter vollständig im Streit. Zur Unterstützung der Streikenden haben sich die arbeitenden Anschläger bereit erklärt, ein Viertel ihres Wochenverdienstes an die Streikklasse abzuführen. Eine gestern abgehaltene Streikerversammlung billigte die Maßnahmen der Streikleitung und gelobte, bis zur erfolgreichen Beendigung des Kampfes zusammenzuhalten.

Die Bauanschläger ersuchen die gesamten Bauarbeiter, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und alle auf Bauten arbeitende Anschläger nach der Arbeitsberechtigungsbare zu fragen. Alle zur Arbeit berechtigten Anschläger müssen im Besitz einer solchen Karte sein.

## Leichenfledderer.

Auf unsere Entzörung über den kommunistischen Gewerkschaftsführer Baumann glaubte die „Rote Fahne“ damit erwidern zu können, daß sie Lehaupt, auch unter den „Amsterdamer“ seien Lumpen. Zum Beweise erzählt sie die Geschichte eines gewissen Wilhelm Klein, vom Zentralverband der Maschinenisten und Feilzer, der im Verbandsbureau in Berlin eingetretten, acht Schreibmaschinen entwendet, den Geldschrank geöffnet hätte usw. Dazu ist zu erwidern, daß dieser „gewisse Klein“ vor zwei Jahren im Irrenhaus gestorben ist und sich bereits in der Irrenanstalt befand, als im Verbandsbureau der Maschinenisten und Feilzer eingebrochen wurde. Diese gerodete halbnackte Geschichte stand schon vor einem Monat im kommunistischen Blatt von Rammheim und wurde vom Hauptverband des Zentralverbandes der Maschinenisten und Feilzer sofort berichtigt. Was die „Rote Fahne“ natürlich nicht hindert, nochmals Leichenfledderei an dem vor zwei Jahren verstorbenen Ehrenmann Wilhelm Klein zu treiben.

## Der Kampf der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen.

Durch die Maßnahmen der Unternehmer hat der Kampf an Schärfe zugenommen. Am 16. April traten die Brauereiarbeiter im Gebiet des Rheinisch-Westfälischen Brauereiverbandes in den Streit, weil die Unternehmer jedes Lohnangebot ablehnten. Die vom Schlichter einberufene Schlichtungskommission fällt am 17. April einen Schiedsspruch. Die Brauereiarbeiter nahmen den Schiedsspruch an, die Unternehmer lehnten ihn ab, entgegen ihrer Erklärung. Die Lohnkommission der Brauereiarbeiter hat dann den Antrag auf Verbindlichklärung gestellt und in den nachfolgenden Verhandlungen am 19. April wurde eine Vereinbarung zwischen den Parteien erzielt mit der Bestimmung: „Arbeitsaufnahme Dienstag, den 22. April 1924“. Das heißt: Arbeitsaufnahme allgemein, ohne Maßregelung, ohne Aussperrung. Entgegen der zweifelsfreien Vereinbarung begannen die Brauereien mit der Zurückweisung „miskbehiger“ Arbeiter. Wo die Unternehmer rechtsmäßig Maßregelungen vornehmen wollen, nehmen die Arbeiter die Arbeit nicht auf. Das gab der Unternehmerrorganisation Veranlassung zur Anweisung, auch in den Betrieben die Arbeiter wieder auszusperrten, wo Maßregelungen nicht versucht und die Arbeit wieder aufgenommen war.

So hat jetzt der Kampf an Schärfe zugenommen, verursacht durch die Willkür und den Kriegswillen der Unternehmer. Er wird so lange geführt werden, bis bei den Unternehmern das Maß von Bernunft wiederkehrt, um zu erkennen, daß die von ihnen geplanten Maßnahmen nicht mehr zeitgemäß und nicht profitabel sind.

Landarbeiterstreik in Ostpreußen. Infolge Tarifstreitigkeiten sind auf etwa 45 Gütern in den Kreisen Königsberg-Land und Fischhausen die Landarbeiter ausländig geworden. Da die Kolonialarbeiten nicht genügend verrichtet werden, wird am Donnerstag die Technische Rothilfe eingesetzt werden.

Stat. Ber. von Freitag. Allgemeines Auto-Mitgliedsversammlung im „Kraut-Gut“ des „Deutschen Hotes“, Ludowig-Str. 15. 1. Bericht von Erich Baumbach. Die Anwesenheit und die Reichstagswahl. 2. Wahl der Vertreter zum „Guttag-Brotbacken“. 3. Beschließen aller Mitglieder dringendst notwendig! Einleit. mit neuen Texten des Mitgliedsbuches. 4. Beiträge können in der Versammlung entrichtet werden.

## Aus der Partei.

### An die Bezirksorganisationen.

Die Vertrauensleute für die Kreiswahlvorschlüge werden darauf aufmerksam gemacht, daß bis spätestens am kommenden Sonntag bei den Kreiswahlleitern eine Erklärung eingereicht werden muß, daß der Kreiswahlvorschlag verbunden ist mit dem Reichswahlvorschlag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, beginnend mit den Namen Hermann Müller, Weis, Cispian, Hilderling, da sonst die Bestimmungen des Wahlkreises beim Zuteilungserfahren für das Reich ausscheiden würden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Ernst Salzenau; Gewerkschaftsorganisation: J. Steiner; Ausland: Dr. John Schlemmer; Sozial- und Sozialarbeit: Fritz Kersch; Finanzen: H. Gode; Familien in Berlin: Berlog; Berufsberatung: G. m. b. H.; Berlin: Berufsberatung-Büro; und Berufsberatung: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

## Das Beste — das Billigste!

Herrenanzüge 48.— 38.— 32.— 19.—  
Knabenanzüge 19.— 16.— 12.— 9.—  
Hosen 18.— 15.— 12.— 9.— 3.—  
Alle Waren sportbillig! — Niesenaunwahl!  
Fahrtenvergütung.  
Vormittags jeder Kunde ein Geschenk.  
Brunnenstraße 11.  
G. Prager, 3 Min. v. Bf. Gesundbr.

## Wo kaufe ich billig Schokoladen?

Nur bei  
**Eisen & Diamant**  
Kaiserstraße 4.

Abteilung II:  
**Zigaretten-Engros-Vertrieb**  
Andreasstr. 13 (Schles. Bahnst.)

**Ständiges Lager**  
von über  
**150 Stauduhren**  
In allen  
Holz- und Stillarten  
Schrift. Garantie  
Büro- u. Ladenuhren  
Wand- u. Küchenuhr  
Stopp- u. Automaten  
Glass- Lange-Uhren  
14 Karat Gold-Arm-  
band-Uhren sowie  
Herren-Uhren  
**Gold. Trauringe**  
Juwelen, Silber-  
kästen nach Gewicht  
Alpaka-Beestecke  
**Karl Wutke**  
Uhrmachermeister  
Jvalidenstr. 16  
Ecke Gariensstraße  
(Stett. Bf.)  
Geogr. 1909  
v. 120 Goldmerk an

**Besonders** wirksam sind die  
kleinen Anzeigen  
in der Gesamt-Ausgabe billiger!  
des Vorwärts und trotzdem



## Bedwäsche

Wäschestoffe  
Leibwäsche  
Tischwäsche  
Frostierwäsche  
Deckbettberige  
Kopfkissen  
Bettlaken  
Inlette  
Handtücher  
Handeutsche  
Damasie  
Dimiti, Linons  
Zuchen, Nessel  
Kaffeedecken  
Kunstleder  
Küchenschürzen  
Küchenhelfer  
Servietten  
Wäsche-fabrik  
**S. Einhorn**  
Neukölln  
Nerrenstraße 31  
u. d. Hermannstr.

**Wäschepracht**  
Die gute reine Kernseife  
66% Fettgehalt.  
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher  
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!  
**Stark & Co, Seifenfabrik G. m. b. H.**  
Berlin NO 35, Colmarer Straße 8-9.

**Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung**  
gestartet b. 1. Anzahl u. wüchsentl. Abzahlung von  
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz-  
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.  
3 G.-M. an. Zahnz. mit Beräub. 1 G.-M., b. Besteilig  
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis  
3 Jahre weitgehende Garantie. Über 20.000 Gebisse zur  
vollsten Zufriedenheit geliefert.  
**Harvan<sup>1</sup>, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-**  
**hauser Allee**  
Vorzöger 10%, Rabatt.

**Nagelpflege-Garnituren** **Kopp & Joseph**  
BERLIN W  
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

**Möbel Müller!**  
Berlin C., Alexanderstr. 31 16. Sept. 1923  
Speisezimmer, Herrenzimmer  
Wohn- und Schlafzimmer, sowie  
Einzelmöbel ab Fabrik zu billigen Preisen.

**Auf Teilzahlung!**  
**Herren-**  
**Konfektion**  
Anzug-Stoffe  
zu sehr billigen Preisen  
**CAMNITZER**  
Schönhauser Allee 821,  
am Untergrundbht. Nordring.

**TRAURINGE**  
In jed. Größe Qualität stets  
vorrrät. nur bill. Preisberechn.  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202  
Nähe Bahnh. Lichtenberg-Friedrichs!  
Teleph. Lichtenberg 3322

**Metalbetten**  
Stahlmattens. Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30A frei. Eisenmöbel-fabr. Suhl ThDr.

**Ischias**  
In 10 Min. 6mal a.  
Tag 1, 15 T. 1mal  
täglich. Preis 108.  
9-11, 1-4.  
Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Jacoby.

**Kinderland 1924**  
Ein Buch für unsere Jungen  
und Mädel  
Mit reichem Bildreichtum  
berühmter Malerarbeiten.  
Erzählungen — auch be-  
lehrenden Inhalts, in jeder  
Orb die meisten aus Buch  
u. einem immer wieder  
jein in die Hand genom-  
menen Weisheit.  
Preis 1.— Maci  
zu haben bei allen Buchhandlungen  
und in der  
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3